

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 5

Artikel: Wir brauchen eine ökosozialistische Antwort : der Auszug aus dem Stadion
Autor: Kaufmann, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340486>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

liefern, indem wir sie im Glauben lassen, dass wir etwas anderes wollen.

4. Der Sozialismus geht nicht vom Staat, sondern vom Individuum und seiner Autonomie aus. Allerdings gibt es aus moralischen Gründen ein zwingendes Bedürfnis, die oben erwähnten Werte zu verwirklichen, gewisse Prozesse zu korrigieren, wo die Freiheit des einen Individuums jene von anderen Individuen beeinträchtigt. Der Staat ist nichts anderes als eine Organisation, welche die Gesellschaft geschaffen hat, er ist nicht Zweck, sondern Mittel. Er ist das Mittel, die Chancengleichheit zu ermöglichen, den Schwachen vor dem Starken zu schützen, eine Sozialethik zu begründen, die durch die Gesetzgebung definiert ist, um die demokratischen Entscheidungsprozesse, sofern sie den kollektiven Bereich betreffen, zu garantieren.

Sozialismus als moralischer Imperativ

Nachdem wir uns prinzipiell dafür ausgesprochen haben, dass wir weder gegen den Markt,

noch gegen das Eigentum, noch gegen die Unternehmungen sind, müssen wir genauso klar sagen, dass sich jede menschliche Tätigkeit innerhalb einer verantwortbaren Ethik abspielen muss. Dadurch definiert sich die SP als Garant der Sozialethik, als Partei, die dauernd notwendige Korrekturen im Namen der menschlichen Würde fordert. Man kann die SP auch als Partei des aktiven Humanismus bezeichnen. So ist der Humanismus, ausgedehnt auf alle Menschen, der Motor des Handelns der Sozialdemokraten seit dem Beginn ihrer Existenz.

Der Bruch mit dem überholten Modell

Nachdem nun die Grundlagen für eine sozialdemokratische Doktrin neu definiert ist, muss erläutert werden, was dies in der Praxis bedeutet. Unnötig zu sagen, dass die SP dafür zu sorgen hat, dass sie nicht mit Regimen identifiziert wird, die sich auf missbräuchliche Weise auf den Sozialismus berufen. Die Art und Weise, wie wir uns unserem Ideal während der Hoch-

konjunktur zu nähern glaubten (mehr Staat, mehr Wissenschaft, mehr materielles Wachstum = mehr Sozialismus), ist überholt. Bei genauerem Hinsehen zeigt es sich, dass Staat, Wissenschaft und Wachstum heute eher Bestandteil der Probleme denn ihrer Lösung sind. Wir müssen lernen, dass das, was während einer bestimmten Epoche richtig war, heute falsch sein kann und dass die gleichen Werte, die unsere Vorgänger auf eine bestimmte Strategie setzen liessen, heute revidiert werden müssen. Was aber bleibt, was von dauerndem Wert ist, was auch notwendiger denn je ist, ist eine soziale Ethik, der Humanismus, die Ehrfurcht vor dem Gleichgewicht alles Lebendigen, welche man der entfesselten Dynamik der Wirtschaft aufzwingen muss. Auf diese Ziele gehen jene Menschen zu, welche für den Umweltschutz, für die Lohnabhängigen, für die Benachteiligten und für die Dritte Welt kämpfen. Das ist die historische Aufgabe und die Mission der sozialistischen Bewegung. Warum soll man das nicht sagen – und nur das?

Wir brauchen eine ökosozialistische Antwort

Der Auszug aus dem Stadion

Von Michael Kaufmann

Ökonomie und Ökologie, unversöhnlicher Gegensatz oder «neues Gleichgewicht»? Das ist natürlich für einen sozialistisch denkenden Menschen entweder eine rein rhetorische Frage oder aber (und das ist weit schlimmer) eine naiverweise den politischen Verhältnissen entkleidete Formel. Denn für uns Sozialisten darf es keinen Gegensatz geben zwischen Wirtschaft und Umwelt. Gleichzeitig müssen

wir doch feststellen, dass dieser Gegensatz in der Realität der herrschenden Verhältnisse eindeutig besteht. Und wenn wir diese Frage dann noch vor dem Hintergrund der «Perspektiven der Sozialdemokratie» angehen – sozusagen um gleichzeitig die Strategie für eine ökologische Ökonomie festzulegen –, kommen wir nicht darum herum, nicht nur Antworten zu geben, sondern auch den Zustand, wie

er sich hier und heute darstellt, zu beschreiben.

Denn Antworten ohne Beschreibung politischer und herrschaftlicher Zustände sind keine Antworten im politischen Sinne und vor allem keine Antworten, die den Ansatzpunkt zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse aufzeigen. Dies als kritische Vorbemerkung zuhanden jener Gruppe, die sich mit den «Perspektiven

der Sozialdemokratie» auseinandergesetzt hat, ohne sich gross mit dem politischen Stellenwert ihrer Betrachtungen zu befassen und ohne die politische Praxis, die Mehrheitsverhältnisse in diesem Staat mit einzubeziehen. Allzu verkürzt erscheint im Perspektivenpapier die Kritik an Partei und Programm ohne Bezug zu den politischen Machtstrukturen (die wir zwar leider teilweise mitbestimmen, zumindest mitlegitimieren), aber auch die Beschäftigung mit den sogenannten neuen Mittelschichten, ohne den Betroffenheitsgrad *aller gesellschaftlichen Schichten* mit zu berücksichtigen, und letztlich die Abkehr von der Ideologie, die dazu beiträgt, die Tatsache zu verwischen, dass ein Grossteil der Politik unserer Gegner von reiner Ideologie geprägt ist. Natürlich, der Spruch: «Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen» gehört, so ausgesprochen, auch für uns Linke auf den Misthaufen der Geschichte, hingegen ist die Tendenz: «Wir sind weder links noch rechts, wir sind vorne» politisch nicht nur unbedarft, sondern in ihrer Un-Dialektik schlichtwegs kein Ansatzpunkt zur Veränderung.

Nun, warum diese Vorbemerkungen? Warum als Einleitung zu diesem Thema? Ich bin davon überzeugt, dass wir die Auf-Hebung des Widerspruchs zwischen Ökonomie und Ökologie nur schaffen können, wenn wir auch die politische Frage, die Frage nach den Interessen- und Machtverhältnissen stellen, um dann auch entsprechende Antworten zu geben.

Deshalb eine erste These: *Der Gegensatz Ökonomie-Ökologie ist in der Wachstumsgesellschaft und der kapitalistischen Marktwirtschaft unversöhnlich.* Dies aus dem einfachen Grund, weil die Verteilungswir-

kung – auch in der sozialen Marktwirtschaft – immer ungerecht ist, aber diese gleichzeitig verspricht, gerecht zu sein. Das muss doch zu einem Wettlauf, zu einem Konsumwetttrüsten werden, das mit dem Bild der «Zehenspitzen-gesellschaft» wohl am besten umschrieben werden kann: Wir sind in einem Stadion. An sich sind für alle Sitzplätze vorhanden. Nur stehen die Vordersten trotzdem auf und verdecken den nächsten die Sicht. So stehen die nächsten auf bis hinten, während die zuvorderst sich schon auf die Stühle stellen, dann auf die Stuhllehne undsoweiter. Der Kollaps ist auf diese Weise vorprogrammiert, besser gesagt: die weiterbestehende Wachstums- und Wohlstandsgesellschaft, die allen alles verspricht.

Der Katalysator ist ein «sauberes» Beispiel für dieses Tatsache und für die Unvereinbarkeit dieser Art von Wirtschaft mit der Umwelt: er hat nicht nur zu einem unerhörten Wachstumsboom in der Autobranche geführt, sondern gerade weil er allen weiteren Wohlstand und sogar noch Umweltschutz verspricht, führt er letztlich bei massenhafter Verwendung trotzdem zu mehr Umweltbelastung. Es zeigt sich schon heute, dass bei weitergehender Entwicklung des Privatverkehrs, die Ziele der Luftreinhalteverordnung bezüglich Stickoxiden niemals erreicht werden können.

Kritik an den Produktivkräften

Natürlich: wir Sozialdemokraten waren bisher unkritische Mitmacher dieser Entwicklungen, unter dem Motto: «Je mehr Wachstum, um so mehr Wohlstand fällt auch für uns ab.» Wir haben – uns auf den ökonomischen Teil des Sankt Marx berufend – die Entwicklung der Produktivkräfte mit-

getragen und uns nur auf die Frage der Produktionsverhältnisse bzw. die Verteilungsmechanik durch den Staat konzentriert. Heute müssen wir soweit sein – und das ist eine Perspektive der Sozialdemokratie –, auch an die Kritik der Produktivkräfte zu gehen: mit unserer Kritik an den Atomkraftwerken haben wir dies bereits einigermaßen vollzogen, indem uns klar geworden ist: ein AKW im Sozialismus ist genauso bedenklich wie eines im Kapitalismus.

Ein weiterer Faktor – der hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt sei – ist die weltweite Macht- und Wirtschaftsstruktur der multinationalen Konzerne und Banken. Diese bestimmen die Marktgesetze zu einem weiten Teil und verhindern damit ganz massiv die staatlichen Bemühungen, etwas in Richtung Gleichgewicht Ökonomie-Ökologie zu tun. Nicht wahr: Was bringen global gesehen Chemievorschriften im Zwergstaat Schweiz, wenn unsere eigenen Chemiekonzerne einen Grossteil ihrer Produkte in Drittweltländern absetzt, selbstverständlich ohne irgendwelche Rücksichten auf ökologische Gegebenheiten? In diesem Bereich sind wir momentan weder bezüglich Produktionsverhältnissen noch Produktivkräften in der Lage, Einfluss zu nehmen, über den Staat schon gar nicht!

Es gibt eine ökosozialistische Antwort

Vor diesem Hintergrund muss man eine eigenständige sozialistische Antwort zu formulieren versuchen und auch eine entsprechende Strategie aufbauen. Theoretisch ist die Antwort klar: Wir können nicht mehr nur auf die Kritik der Produktionsverhältnisse abstellen und den Staat zu Hilfe rufen. Der traditionelle sozialpolitische

Ansatz muss mit der Frage der Produktivkräfte und ihrer Auswirkungen auf die Umwelt verknüpft werden. Das heisst nun auf der praktischen Ebene zwei Dinge.

Erstens eine Arbeitsmarktpolitik im Umweltbereich mit dem Ziel Arbeitsplätze zu schaffen, die sich mit den ökologischen Zielsetzungen vereinbaren lassen. Die Alternative kann nicht heissen, wie man es oft auch in unserem Lager hört: Erhaltung traditioneller Arbeitsplätze oder Einsatz neuer Technologien. Denn damit wird entweder die Umweltzerstörung fortgeschrieben oder aber eine Wirtschaft ohne Arbeitsplätze aufgebaut. Die Alternative heisst eben: Arbeit besser verteilen (35 Stunden-Woche) und Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen, z.T. arbeitsintensiven Bereichen. Das GBH-Beispiel der 40 000 langfristigen Arbeitsplätze im Sanierungs- und Isolationsbereich der Baubranche hat das deutlich gemacht und steht beispielsweise im krassen Gegensatz zur arbeitsintensiven Atomwirtschaft.

Zweitens muss eine der Umwelt verpflichtete Wirtschafts- und Finanzordnung aufgebaut werden. Das bedeutet gezielte staatliche Wirtschaftsförderungs- und Innovationspolitik, gezielte Steuerpolitik (z.B. Umweltbonus) und die Umleitung staatlicher Dienstleistungen in den Umweltbereich.

Die Bedingungen der ökosozialistischen Antwort

Wir müssen unseren eigenständigen Weg entwickeln, unsere eigenständige Strategie. Diese muss politisch gesehen einen klaren Gegensatz zu den bürgerlichen Strategien darstellen. Denn nur mit technischen Argumenten, nur mit von der Machtfrage abgekoppelten Konzepten ist es nicht getan. Wir müssen auch nicht die Ex-

ponenten des politischen Gegners überzeugen, können wir meist auch nicht, wir müssen uns vor allem auf die politische Durchsetzung mit Hilfe der Bevölkerung konzentrieren. Für diese Strategie ist zum Beispiel unser technokratisch aufgezo- genes AKW-Ausstiegs-Szenario ein schlechtes Beispiel, während die Initiative dazu die Bedingungen für eine Bewusstseins- kampagne erfüllt. Die Initiative wird wichtiger sein, als die vielen Seiten über den technisch machbaren Ausstieg.

Keine technokratischen Antworten

Es gibt in unseren Reihen, gerade auch innerhalb der dynamischen Intelligenzia, wie sie in der Perspektivegruppe vertreten ist, einen technokratischen Zug. Dieser beruht auf drei nicht ungefährlichen Merkmalen: *erstens* auf dem Glauben, mit rein technischen Mitteln im Symptombereich Umweltpolitik machen zu können. Das Katalysatorbeispiel steht hierfür wiederum zur Verfügung. Geradezu peinlich die vielen SP-Vorstösse auf kantonaler Ebene, die steuerliche Ermässigung für Kat-Autos verlangten. *Zweitens* das Diktat der Wissenschaftlichkeit. Es gibt heute die neue Garde der Umweltwissenschaftler, die in Expertitis verkommen, Lösungen mit rein wissenschaftlichen Argumenten mit einer gewissen Ablehnung der Politik durchzupauken versuchen. Diese Tendenz führt drittens zur Entpolitisierung der Umweltpolitik, d.h. zur Ausgrenzung der politischen Auseinandersetzung. Die Expertengläubigkeit (in sich selbst!) und die naive Meinung, die bürgerliche Interessenpolitik durch Argumente zu beeinflussen, verhindert den politischen Kampf und damit die Möglichkeit, gerade diese Interessenpolitik blosszulegen.

Nicht noch mehr Markt

Im Perspektivenpapier lesend hat man bei den Stellen über die Rolle des Staates und des Marktes beinahe meinen können, Walter Wittmann gehöre auch zu den Perspektivlern. Es ist *erstens* politisch unklug, für mehr Markt zu plädieren, und *zweitens* wäre dies auch umweltpolitisch auf weite Strecken geradezu fatal. Denn mehr Markt bezüglich ökologisch relevanten Gütern führt zwar möglicherweise zu einem gewissen Minderkonsum, andererseits hat er eine negative Verteilungswirkung. Mehr Markt im Umweltbereich führt zu privilegierten, gutzahlenden Umweltsündern, während auf der anderen Seite ein ökologisch ausgerichtetes Proletariat entsteht. Oder noch schlimmer und realistischer: der Zehenspitzeneffekt bleibt bestehen und damit auch die negative Wachstumsmechanik unseres Systems.

Wir müssen doch, gerade im Hinblick auf diejenigen, die wir vertreten, in der Ressourcenökonomie, aber auch im Verursacherbereich eine Politik der Kontingente und Verbote betreiben. Denn solange derjenige, der mehr verdient, sich auch mehr Benzin leisten kann, oder jener Bauer, der mehr Kapital hat, auch Pestizide verwenden kann, wird für die anderen der Anreiz bestehen, diese Mittel auch einzusetzen bzw. in der Einkommenshierarchie sich heraufzukämpfen.

Im Elektrosektor, wo wir oligopolistische Anbieterstruktur haben, muss mehr Wettbewerb sein, müssen andere Tarifsituationen durch Konkurrenz und staatliche Sparanreize herbeigeführt werden. Das bedeutet jedoch noch lange nicht mehr Markt, sondern eine Neuausrichtung der staatlichen Energiepolitik, die ohne öffentliche Kontrolle und Beeinflussung von den Elektrizitätsgesell-

schaften niemals durchgeführt würde. Ein kürzliches Gespräch der SP Kanton Bern mit dem Genossen Verwaltungsratspräsidenten der BKW hat dies deutlich vor Augen geführt!

Neue Paradigma sozialistischer Steuer- und Finanzpolitik

Angesichts der Situation der Umwelt wäre es opportunistisch, auf den populären Karren der reagonomischen Steuer-senkungspolitik aufzuspringen. Diese Tendenz ist leider in unseren Reihen auch vorhanden. Denn damit erhalten bürgerliche Strategen Aufschwung, während die SP an Profil verliert. Gleichzeitig werden ja auch Potentiale staatlicher Umweltpolitik abgebaut. Im Kanton Bern ist schon heute klar, dass die über 100 Millionen Franken Steuerausfälle durch die neue Steuerpolitik als erstes im Umwelt- und Sozialbereich eingespart werden. Unsere Strategie kann also nicht sein, dazu unter dem Titel «Abbau der Bürokratie» Hand zu bieten. Wir müssen auch nicht stur an traditioneller «Beamtenstellen-ideologie» festhalten, sondern aufzeigen, dass ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Umweltpolitik und Finanzpolitik besteht. Wir haben in der SP Kanton Bern zusammen mit unserem Regierungsrat René Bärtschi und unseren Umweltleuten ausgerechnet, dass wir allein für den Vollzug der Luftreinhalte-, Stoff- und Bodenverordnung des Umweltschutzgesetzes rund 40 neue Stellen brauchen.

Deshalb muss heute sozialdemokratische Finanz- und Steuerpolitik unter dem Motto segeln: «Mehr Staat für den Umweltschutz». Damit können wir die einzig plausible und vermittelbare Gegenposition der vom Bürgertum angeheizten Staatsverdrossenheit aufbauen.

Bewusstseinspolitik und Auszug aus dem Stadion

All diese Ansätze des eigenständigen Weges der SP können nur einen Sinn haben, wenn sie mit politischer Praxis, mit Bewusstseinspolitik verbunden werden. Das heisst eben nicht: Aushandeln von Umweltpolitik zusammen mit den Bürgerlichen. Das heisst eben nicht Zusammensitzen mit Technokraten und Experten. Und das heisst auch nicht nur den Aufbau eines SP-Braintrusts von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Beamten. Die praktische Politik der Veränderung findet eben nicht innerhalb der Bundeshausmechanik statt, sondern draussen. Und draussen müssen wir Zeichen geben, die uns klar abheben von bürgerlicher Politik, die eine andere Antwort geben auf die Umweltfrage und die vor allem jene zur Identifikation mit der SP bringen, die das verändernde Potential darstellen. Es braucht – gerade für uns Sozialdemokraten – einen Basisbezug. Und dieser liegt nicht bei jenen, die sich mit dem System arrangiert haben, sondern bei jenen, die bewegt sind und betroffen. Mich stört der Begriff der neuen Mittelschichten sehr, denen man sich jetzt anbieten möchte. Er hat opportunistische Ziele. Diese neuen Mittelschichten mag es meinetwegen ökonomisch und teilweise soziologisch gesehen geben. Sie sind jedoch gerade so eine diffuse Gruppe, wie die sogenannten Arbeiter und unteren Angestellten. Ich meine diffus im politischen Sinne, da es in den neuen Mittelschichten auch jene mit dem System Arrangierten gibt, möglicherweise in höherem Ausmass, als wir vielleicht glauben. Wenn wir uns diesen anpassen, verlieren wir die eigene Identität, was schliesslich auch keine neuen Wähler bringt.

Das für uns wichtige Kriterium ist der Grad der Betroffenheit, der Politisierung. Wir müssen Leute ansprechen, die dort betroffen sind, wo die Quartiere zerstört werden, wo Autobahnen durchziehen, wo Wälder sterben aber auch dort, wo Arbeitsplätze wegcomputerisiert werden und wo die neue Armut droht.

Das ist letztlich die Binsenwahrheit, die wir in der Partei schon lange kennen: diese Leute sprechen wir heute schon an, es sind die, die heute schon in der Partei aktiv sind, den Karren ziehen und unsere Politik machen. Wichtig ist folgendes: Wir müssen die traditionelle soziale Frage neu stellen, denn es gibt sie heute immer noch (in anderem Kleid), und wir müssen diese mit der Umweltfrage verbinden. Dazu bedarf es jedoch einer gewissen Radikalität. Denn ohne diese gewinnen wir nicht an Profil, zeigt sich nicht indirekt das wahre Gesicht des Bürgertums, treiben wir den Bewusstseinsprozess nicht voran. Gefragt ist heute für die SP nicht Pragmatismus und Integration ins System, sondern vorausschauende Politik in eine Zeit, die als die Nachindustrielle bezeichnet werden muss.

Damit plädiere ich aber nicht für den Auszug aus der Industriegesellschaft, sondern für den Übergang zur lebensfähig-lebenswerten Industriegesellschaft. Das bedeutet jedoch – und ich komme auf den Anfang zurück – das Nichtmehr-Mitmachen im Stadion der Zehenspitzensteher. Was da vorne gespielt wird, was da an Wohlstand und Zukunft vorge-macht, vorgegaukelt wird, das kann nicht unsere Welt sein, und das Spiel ändert sich auch nicht, wenn man alle Zuschauer zum Absitzen zwingt. In einem gewissen Sinne müssen wir uns auch den Auszug aus diesem Stadion überlegen und das Aufzeigen neuer Lebens- und Frei-

zeiträume, unabhängig von Konsum und motorisierter Mobilität.

Denn das ist wohl für immer klar geworden: das Reich der

Freiheit und des Überflusses hat sein Gegenstück in einer zerstörten Welt. Die sozialistische Politik muss sich auf das Reich der Notwendigkeit beschränken, das allerdings mit

der politischen Strategie, die Notwendigkeiten gerecht zu verteilen und die Abhängigkeiten – heute vor allem von der Konsum- und Wachstums-gesellschaft – abzubauen.

Die Perspektiven liegen nicht in einer diffusen Mitte

Einfach das Nachthemd wechseln?

Von André Daguet, Zentralsekretär der SPS

Die von der Perspektivengruppe angeregte Diskussion über die Zukunft der Sozialdemokratie ist sinnvoll und notwendig, wenn wir an die wichtigen Grundsatzfragen herangehen wollen, mit denen unsere Partei konfrontiert ist. Der gesellschaftliche Wertwandel im Postindustrialismus, der zunehmende Legitimationsverlust der traditionellen politischen Institutionen, die wachsende politische Abstinenz breiter Bevölkerungsschichten bringen in der Tat vieles in Bewegung und fordern unsere Partei enorm heraus. Zur Debatte stehen Fragen der Strategie wie z.B. die Frage der Bündnispolitik, unsere Rolle zwischen Regierungsfunktion und Parlamentsopposition, die Konkordanzfähigkeit, aber auch Fragen der innerparteilichen Organisationsstruktur, der Mitgliederbewegung, der innerparteilichen Mobilisierung und der öffentlichen Vermittlung der Politik der Partei. Ohne Zweifel hat die Perspektivengruppe mit ihrem Diskussionspapier «Perspektiven der Sozialdemokratie» einen aner kennenswerten Anstoss zur grundsätzlichen Reflexion über all diese Fragen gegeben.

Modernisierung in welche Richtung?

Und trotzdem mögen mich die Überlegungen und Thesen dieser Perspektivengruppe nach

erneuter Lektüre des Diskussionspapiers und Besuch der Tagung von Ende März nicht zu befriedigen. Nicht dass es nicht stört, dass ein klares Grundkonzept noch weitgehend fehlt, die Analyse verschwommen und widersprüchlich bleibt und ein gemeinsamer Nenner nur sehr schwer auszumachen ist oder allzu vieles sehr abstrakt und ungreifbar formuliert ist. Ein gemeinsamer Nenner der Perspektivengruppe ist allenfalls in der noch sehr diffus formulierten Forderung nach Modernisierung der Sozialdemokratie in Richtung einer modernen, reformistischen Partei, einer mehrheitsfähigen Mitte auszumachen. Meines Erachtens geht die Diskussion in eine falsche und politisch nicht ungefährliche Richtung.

Ein widersprüchliches Verständnis des Staates

Wenn Peter Hablützel feststellt, der Staat sei «zur teuren Reparaturrequie des Modernisierungs- und Kommerzialisierungsprozesses» geworden, mag ich dem ebenso zu folgen wie seinem Anliegen, es sei eine Abkehr von einem rein quantitativen Wachstum des Staates anzustreben. Mehr bürgerlicher Staat führt tatsächlich nicht automatisch zu mehr sozialer Gerechtigkeit oder zu einer besseren Umwelt. Diese These ist al-

lerdings für die SP nicht gerade neu: Ist es nicht gerade die SPS, welche im Parlament immer wieder bürokratische Leerläufe kritisiert, die Verschleuderung von Millionen in der Rüstungsbeschaffung bemängelt, das Giesskannenprinzip im Subventionswesen bekämpft und sich für taugliche und effiziente staatliche Instrumente bei der Lösung wichtiger politischer Aufgaben, in der Sozial- wie in der Umweltpolitik, eingesetzt hat.

Das Perspektivenpapier weist ein sehr widersprüchliches Staatsverständnis aus. Auf der einen Seite werden enorme Hoffnungen und Erwartungen in die Problemlösungsfähigkeit des Staates projiziert: die Bewältigung der grossen Zukunftsfragen, z.B. im Umweltbereich, bei der Sicherung der Arbeitsplätze oder im Einsatz der neuen Technologien lassen sich nicht ohne staatliche Massnahmen lösen. Auf der anderen Seite wird vor einer Überforderung des Staates gewarnt, weil das Wachstum der staatlichen Aktivitäten «zunehmend auf Grenzen stösst (Grenzen der Steuerbelastung, Probleme der Überreglementierung, Bürokratisierungstendenzen)».

Bei der Lektüre der Perspektivenunterlagen werde ich das ungute Gefühl nicht los, hier seien unsere Genossen einer bürgerlichen Staatsideologie aufgesessen. Es stimmt, mit der